

## Kompromiss statt Volksabstimmung

Landesregierung und Gegner der Massentierhaltung wollen Mittelweg gehen

**Potsdam** In Brandenburg wird es keine Volksabstimmung zur Massentierhaltung geben. Gestern stellten die Initiatoren des Volksbegehrens zur Massentierhaltung und Vertreter der Regierungsfractionen von SPD und Linken in Potsdam einen Kompromiss vor, den der Landtag mit den Stimmen von Koalition, CDU und AfD in der Sondersitzung am nächsten Dienstag annehmen will. Er enthält den Verzicht auf das umstrittene, von der Initiative geforderte Klagerecht für Tierschutzverbände. Dagegen soll es einen hauptamtlichen Tierschutzbeauftragten geben.

Schweinemastanlagen mit mehr als 10 000 Plätzen sollen binnen sieben Jahren mit Filteranlagen ausgerüstet werden, um zu verhindern, dass übermäßig Schadstoffe in die Umwelt gelangen. Die Förderung neuer Anlagen für

Schweinemast und Geflügelhaltung soll auf 600 000 Euro begrenzt werden. Ein Landestierschutzplan wird den Antibiotikaeinsatz senken und beim Aufbau von Demonstrationsbetrieben helfen. Spätestens 2019 werden keine Hühnerschnäbel beschnitten und Schweineschwänze nicht gekürzt.

"Ich freue mich, dass diese Kuh nun vom Eis ist", sagte SPD-Fraktionsvorsitzender Mike Bischoff. "Wir haben uns verständigt, dass keine Investitionen in die Tierhaltung in Brandenburg verhindert werden." Linken-Fraktionsvorsitzender Ralf Christoffers sprach von einem "substantiellen Kompromiss". Der Verzicht auf das Verbandsklagerecht sei eine bittere Pille, sagte Michael Wimmer von der Fördergemeinschaft Ökologischer Landbau Berlin-Brandenburg. "Wir wollten uns aber nicht ver-

kämpfen, bleiben am Thema dran - und beim Tierschutzplan geht es jetzt in die inhaltliche, fachliche Auseinandersetzung." Inka Thuncke von der Prignitzer Bürgerinitiative "Gumtow gegen Tierfabrik" sagte, man habe das Ergebnis akzeptiert, weil man die Chance sah, die Diskussion fortzusetzen.

CDU-Landtagsabgeordneter Henryk Wichmann nannte es "klug von den Initiatoren, dass sie sich auf den Kompromiss eingelassen haben." Die Kernforderungen des Volksbegehrens seien enthalten. Grünen-Landesvorsitzender Clemens Rostock will auf die Umsetzung des Gesamtpakets achten. Bauernvertreter kritisierten den Kompromiss scharf.

*Von Benjamin Lassive*

## Ein Kompromiss, bei dem alle gewinnen können

Die Kuh ist vom Eis - den Brandenburgern bleibt ein millionenschwerer Volksentscheid zur Massentierhaltung erspart. Die Regierungsfractionen haben sich mit den Initiatoren des erfolgreichen Volksbegehrens auf einen Kompromiss geeinigt. Für beide Seiten war das Risiko eines schwer kalkulierbaren Wahlkampfes in den kommenden drei Monaten einfach zu groß.

Zumal die Feinheiten - etwa wie Ställe durch Filteranlagen oder Förderrichtlinien klein gehalten werden könnten - auf Wahlplakaten nur schwer vermittelbar sind. Es geht eben nicht einfach um gesunde rosa Ferkelchen auf grünen Wiesen, sondern um viele Fragen der Zukunft der Landwirtschaft, einschließlich der Ängste gebeutelter Landwirte, und um Verbraucherschutzthemen wie den Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung.

Der Landesbauernverband hatte bereits angekündigt, einen schwarz-weiß gefärbten Wahlkampf auf die Beine zu stellen, falls das Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände eingeführt werden sollte. Dieses ist vom Tisch. Die Initiatoren des Aktionsbündnisses haben sich von dieser ihrer Kernforderung verabschiedet. Anderenfalls hätten sie im Falle einer Niederlage im Volksentscheid befürchten müssen, dass das Thema Tierwohl für mehrere Jahre nicht mehr von der Politik angefasst werden würde. Auch die Koalitionsfractionen waren quasi zu einem Kompromiss gezwungen. Ein Volksentscheid hätte einen Keil zwischen die Regierungspartner getrieben, zumal die Linke bereits gedroht hatte, das Anliegen in der nächsten Stufe der direkten Demokratie auch gegen die SPD unterstützen zu wollen.

Der Kompromiss bedeutet nun erst einmal eine Vielzahl von Gesprächen. Ein direktes Verbot weiterer Großställe, wie die Aktivisten des Volksentscheides es suggeriert hatten, wird es nicht geben. Das ist auf Landesebene auch nicht machbar. Stattdessen wird die Förderung umgestellt und mit dem Kupierverbot von Schweineschwänzen und dem mittelfristig geforderten Einbau von Filteranlagen der Betrieb riesiger Stallanlagen unattraktiver gemacht. Vor allem aber bleibt das Thema Tierwohl permanent auf der Tagesordnung und darüber auch die Frage nach der Qualität unserer Ernährung. An dieser Diskussion sollten Landwirte und Verbraucher ein gemeinsames Interesse haben. Bleibt zu hoffen, dass die Bauern aus der Schmollecke kommen und sich einbringen.

**Urheberinformation:** (c) MMH Märkisches Medienhaus GmbH & Co KG

© PMG Presse-Monitor GmbH

## Weniger Förderung für große Mastanlagen in Brandenburg

Initiatoren des Volksbegehrens einigen sich mit Rot-Rot auf Kompromiss - Volksentscheid fällt aus

In Brandenburg werden große Tiermastanlagen künftig eine geringere Förderung erhalten. Außerdem soll ein hauptamtlicher Tierschutzbeauftragter installiert werden und über das Tierwohl im Land wachen. Darauf haben sich die Initiatoren des Volksbegehrens gegen Massentierhaltung und die Fraktionspitzen der Koalition aus SPD und Linke geeinigt. Sie präsentierten am Dienstag ein Kompromisspapier, das in fünf geheim tagenden Runden erarbei-

tet wurde. Bis Ende 2017 soll gemeinsam ein Tierschutzplan erarbeitet werden. Damit ist zugleich ein Volksentscheid vom Tisch. Den hätte es im Juli gegeben, wenn das mit mehr als 100 000 Unterschriften erfolgreiche Volksbegehren im Landtag abgelehnt worden wäre. Nicht durchsetzen konnten sich die Initiatoren mit ihrer Forderung nach einem Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände. Das hatte die SPD rigoros abgelehnt. Michael Wimmer von

den Initiatoren des Volksbegehrens, zu dem rund 50 Organisationen gehören, sagte, der Verzicht auf das Klagerecht sei eine "schwere Pille". "Wir wollten uns an dieser Stelle nicht verkämpfen." Wimmer äußerte sich insgesamt zufrieden mit dem Kompromiss, der bei den Initiatoren "praktisch einstimmig" gebilligt worden sei.

SPD-Fraktionschef Mike Bischoff sagte, der erzielte Kompromiss stelle einen "Brückenschlag" zwischen Bauern und

Tierschützern dar. Damit werde zugleich sichergestellt, dass in Brandenburg weitere Investitionen in die Tierhaltung nicht verhindert würden. Während es in der SPD-Fraktion zu dem Kompromiss drei Enthaltungen gab, stimmte die Linksfraktion einstimmig dafür. Heftige Kritik kam vom Bauernverbandspräsidenten Henrik Wendorff,

der von einem "faulen Kompromiss" sprach, der "ohne Fachleute und Betroffene in den Hinterzimmern des Parlaments ausgekugelt" worden sei. Noch heftiger äußerte sich sein Stellvertreter Heiko Terno via Facebook: "Jetzt wird es uns in Brandenburg so gehen, wie unseren Landespolitikern, wir werden keine Eier mehr haben". Wenig später

wurde dieser Beitrag wieder entfernt. CDU, AfD und Grüne wollen dem Kompromiss zustimmen. Der Landtag will am kommenden Dienstag in einer Sondersitzung über das mit dem Kompromisspapier geänderte Volksbegehren entscheiden. Seite 2

© PMG Presse-Monitor GmbH *Artikellayout (Format) wurde nachträglich verändert*

Märkische Allgemeine - Potsdamer Tageszeitung vom  
13.04.2016



**Märkische Allgemeine**  
Brandenburgs beste Seiten

**Autor:** Igor Göldner  
**Seite:** 2

**Ressort:** Meinung  
**Ausgabe:** Hauptausgabe

## Kompromiss mit Tücken

### Unverhoffte Einigung bei Massentierhaltung in Brandenburg

Der Streit war grundsätzlicher Natur. Die Positionen der Protagonisten schienen noch vor wenigen Wochen unvereinbar. Um so erstaunlicher, dass jetzt doch noch eine Einigung beim Dauerthema Massentierhaltung erzielt wurde. Die Initiatoren des Volksbegehrens pochten eisern auf ihre Forderungen, beflügelt vom erfolgreichen Plebiszit. Die großen Fraktionen im Landtag wiederum, die nie und nimmer mit über 100 000 Unterschriften bei einem solchen Thema gerechnet hatten, gingen auf Distanz oder verzogen sich in ihre Schützengräben. Dann müssten die Initiatoren eben beim Volksentscheid scheitern, war eine verbreitete Sichtweise, zuvorderst in der mächtigen SPD-Bauern-Lobby, die sich letztlich aber nicht durchsetzen konnte.

Erzielt wurde vielmehr ein Kompromiss, mit dem die maßgeblichen Akteure gut leben können. Die Initiatoren, die bis dahin schon viel erreicht hatten, trafen eine Abwägung, was ihnen mehr nützt. Drei Monate öffentlichkeits-

wirksame Debatten über Tierwohl und Massentiere bis zum landesweiten Volksentscheid oder die Chance, die Regierungsfaktionen in einigen ihnen wichtigen Punkten zum Entgegenkommen zu bewegen. Sie entschieden sich für Letzteres, was eine kluge Wahl war. Sie enthält längerfristig allerdings Tücken. Es soll einen Landestierschutzplan geben, von dem heute aber niemand weiß, was er am Ende wert ist. Die Vereinbarung enthält viele Wens und Abers sowie allerlei Überprüfungen. Ob der Bau neuer Großmastanlagen wirklich erschwert wird, muss sich erst noch zeigen. Überdies mussten die Initiatoren eine heilige Kuh schlachten - das geforderte Verbandsklagerecht, das die SPD frühzeitig ausgeschlossen hatte, weil sie damit um notwendige Investitionen fürchtete. Mit der Einigung geht den Initiatoren des Volksbegehrens überdies ein Druckmittel verloren: die Abstimmung durch das Volk, falls die Gespräche doch in eine Sackgasse geraten sollten.

Bei den rot-roten Fraktionsspitzen war das Aufatmen nach dem erzielten Kompromiss deutlich zu hören. Ein Volksentscheid sollte um jeden Preis verhindert werden. Er kann schnell eine eigene Dynamik entwickeln und zur Abstimmung über die Regierenden geraten. Der Verhandlungsmarathon war auch eine erste Kraftprobe für den neuen SPD-Fraktionschef Mike Bischoff, ein Test, ob ihm die Partei folgt und er eine Einigung mit dem Koalitionspartner hinkommt. Denn die Linke konnte das Volksbegehren um der eigenen Glaubwürdigkeit willen nicht ablehnen.

Interessant bleibt das Agieren der Grünen, die einen Volksentscheid regelrecht herbeigesehnt hatten. Ihnen geht der Kompromiss viel zu weit, sie sehen die Tierwohlstandards nicht erfüllt. Sie hätten gern einen grünen Volksentscheid-Wahlkampf gehabt. Doch den Gefallen hat ihnen das Agrarbündnis, das sie kürzlich noch unterstützten, nicht gemacht.

© PMG Presse-Monitor GmbH

**Autor:** Klaus Peters  
**Seite:** 1 bis 1  
**Quellrubrik:** Titelseite UKK

**Seitentitel:** PZ  
**Ausgabe:** Hauptausgabe  
**Jahrgang:** 2016

## Bauern kritisieren Einigung zur Massentierhaltung

Das Halten von Schweinen oder Geflügel in der Großmast sorgte lange für Streit. Jetzt gibt es einen Kompromiss zwischen Bürgerinitiativen und Landesregierung. Das gefällt aber nicht allen.

Potsdam. Die Initiatoren des Brandenburger Volksbegehrens gegen Massentierhaltung haben sich mit der rot-roten Landesregierung auf einen Kompromiss geeinigt. Somit werde es im Sommer keinen Volksentscheid über die Forderungen nach Einschränkungen für riesige Tiermast-Anlagen und höhere Standards bei der Haltung von Geflügel Schweinen und Rindern geben, erklärten Vertreter der Fraktionen und des Aktionsbündnisses Agrarwende am Dienstag. Die Bauernverbände lehnen diese Einigung allerdings ab.

"Die Kuh ist vom Eis", sagte der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Mike Bischoff, sichtlich erleichtert. Denn der SPD war es gelungen, das geforderte Klagerecht für Tierschutzverbände gegen Genehmigungen für landwirtschaftliche Betriebe zu verhindern. Durchsetzen konnte sich das Aktionsbündnis Agrarwende mit der Bestellung eines hauptamtlichen Tierschutzbeauftragten, der Missstände in den Ställen verfolgen soll. Zudem ist ein Tierschutz-

plan vorgesehen und nur noch eine begrenzte Förderung von Großmastanlagen. Der Einsatz von Antibiotika und Düngemittel soll verringert werden. Bis 2019 soll das Verbot durchgesetzt werden, Geflügel die Schnäbel und Schweinen die Schwänze abzuschneiden.

"Der Verzicht auf das Verbandsklagerecht war für uns eine schwere Pille", bekannte Michael Wimmer vom Aktionsbündnis Agrarwende. "Aber an dieser Stelle wollen wir uns nicht verkämpfen, denn dieses verfassungsmäßig abgesicherte Recht wird sowieso kommen."

Während es in der SPD-Fraktion zu dem Kompromiss drei Enthaltungen gab, stimmte die Linksfraktion einstimmig dafür.

AfD-Fraktionschef Alexander Gauland erklärte, seine Fraktion werde dem Kompromiss zustimmen. Auch die CDU begrüßte die Einigung. "Wir sind davon überzeugt, dass es damit insgesamt zu einer deutlichen Verbesserung des Tierwohls kommen wird", sagte der ver-

braucherpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Henryk Wichmann.

Die Grünen hätten einen Volksentscheid über das Gesamtpaket bevorzugt, erklärte Landeschef Clemens Rostock. Nun wollen sie darauf achten, dass die Vereinbarungen auch konkret umgesetzt werden.

Der Bauerbund als Vertreter der Familienbetriebe kritisierte die Vereinbarung als "faulen Kompromiss". "Vereinbart sind ein Tierschutzplan, Vorschriften und Verbote, mit denen der Staat uns normalen Bauern künftig noch mehr in die Produktion reinreden kann", kritisierte Bauerbund-Vorstand Reinhard Benke.

Der Landesbauernverband erklärte, die Landwirtschaft stehe vor einem Scherbenhaufen. Politik und Verwaltung gingen nun über Jahre in quälende Diskussionsprozesse, während die Landwirte für lange Zeit mit einer ungeklärten Situation leben müssten, sagte Präsident Henrik Wendorff.

Seite: 11  
Ressort: Berlin

Quellrubrik: Berlinausgabe  
Ausgabe: Neues Deutschland - Berlinausgabe

## Volksentscheid abgewendet

Potsdam. In Brandenburg wird es keinen Volksentscheid gegen Massentierhaltung geben. Die Initiatoren des erfolgreichen Volksbegehrens haben sich mit den Koalitionsfraktionen im Landtag auf einen Kompromiss geeinigt. Das erklärten die Fraktionschefs Mike Bischoff (SPD) und Ralf Christoffers (LINKE) und der Sprecher des Volksbegehrens, Michael Wimmer, am Dienstag in Potsdam. Damit werde es im Sommer keinen Volksentscheid über die Haltung von

Geflügel, Schweinen und Rindern geben, hieß es. Durchsetzen konnte sich Wimmers Aktionsbündnis Agrarwende mit der Bestellung eines hauptamtlichen Tierschutzbeauftragten. Zudem soll es einen Tierschutzplan geben, die Förderung von Großmastanlagen soll eingeschränkt werden. Ein Klagerecht für Tierschutzverbände gegen Genehmigungen für Anlagen ist vom Tisch. Die Koalition hatte befürchtet, dass damit Investitionen in die teils veralteten Agrarbetriebe gehemmt werden könn-

ten.

Der konservative Bauernbund, in dem Landwirte mit kleinen Höfen organisiert sind, sprach von einem »faulen Kompromiss«. Vorstand Reinhard Benke rügte, dass ursprüngliche Anliegen der Volksinitiative, neue Großmastanlagen zu erschweren, solle nur geprüft werden und sei damit praktisch erledigt. nd/Agenturen

© PMG Presse-Monitor GmbH

Potsdamer Neueste Nachrichten vom 13.04.2016

POTSDAMER  
Neueste Nachrichten

Seite: 1  
Ressort: Titel  
Weblink: [pnn.de](http://pnn.de)

Quellrubrik: Titel  
Ausgabe: Potsdamer Neueste Nachrichten

## Brandenburg vor Wende in Agrarpolitik

Potsdam - Brandenburg soll einen Tierschutzbeauftragten und bis Ende 2017 einen Tierschutzplan bekommen. Darauf haben sich die Initiatoren des mit mehr als 100 000 Unterstützern erfolgreichen Volksbegehrens gegen Massentierhaltung und die Koalitionsfraktionen von SPD und Linken im Potsdamer

Landtag am Dienstag geeinigt. Der für den Fall einer Ablehnung des Volksbegehrens durch den Landtag für Juli geplante Volksentscheid fällt damit aus. Mit dem Kompromiss werde in der märkischen Agrarpolitik ein "komplett neues Kapitel aufgeschlagen", sagte Michael Wimmer von den Initiatoren.

Es müsse bis Ende 2017 ein Maßnahmenbündel für den Tierschutz entwickelt werden. Das von rund 50 Organisationen getragene Agrarwende-Bündnis werde darauf achten, dass die Pläne auch umgesetzt werden. epd/axf  
Seite 12

Urheberinformation: PNN

© PMG Presse-Monitor GmbH

**Autor:** Alexander Fröhlich  
**Seite:** 12  
**Ressort:** Lokales, Berlin, Brandenburg  
**Weblink:** [pnn.de](http://pnn.de)

**Quellrubrik:** Brandenburg  
**Ausgabe:** Potsdamer Neueste Nachrichten

## Volksentscheid abgewendet

Mit einem Kompromiss zur Massentierhaltung sollen Bauern zu Zugeständnissen bewegt werden

Von Alexander Fröhlich

Potsdam - Brandenburgs rot-rote Koalition und die Initiatoren des Volksbegehrens gegen Massentierhaltung haben einen Kompromiss ausgehandelt. Damit kann ein Volksentscheid, der für Anfang Juli vor den Sommerferien vorgesehen war, abgewendet werden. Nach wochenlangen zähen Verhandlungen, bei denen vor allem die SPD auf die Bremse trat und Störfeuer aus der Staatskanzlei von Regierungschef Dietmar Woidke (SPD) kamen, verkündeten Vertreter der Koalitionsfraktionen von SPD und Linke sowie der Initiativen gegen Megaställe am Dienstagmittag ihren Kompromissvorschlag.

Das Klagerecht für Umweltverbände beim Neubau von Megaställen - eigentliche eine Kernforderung des Volksbegehrens - ist zunächst vom Tisch. Stattdessen ist neben wenigen Festlegungen zu Verbesserungen des Tierwohls und Umweltstandards vor allem ein weiteres Dialogverfahren verabredet worden. Im Zuge dessen wollen die Gegner der Massentierhaltung vor allem die Landwirte und Bauern zu Zugeständnissen bewegen und Überzeugungsarbeit leisten.

Komplett zufrieden sind alle Seiten mit dem Kompromiss nicht. Die Koalitionsfraktionen haben aber schon zugestimmt: Bei der SPD gab es nur drei Enthaltungen, wobei auch der Agrarminister den Kompromiss abnickte. Die Linke steht geschlossen hinter dem Vorschlag. Bei den Initiatoren des Volksbegehrens herrscht noch Skepsis. Denn mit dem Kompromiss, der am 19. April im Landtag beschlossen werden soll - wenn die Initiatoren nicht widersprechen - wird es keinen Volksentscheid geben. Auch wenn sie in dem weiteren Verfahren etwa beim Tierschutzplan unzufrieden mit der Umsetzung sind, können sie nicht mehr zurück zum Volksentscheid, sondern müssten im Zweifelsfall ganz

von vorn mit einer Volksinitiative starten. Axel Kruschat, Landesgeschäftsführer des Umweltverbandes BUND, sagte: "Wenn es nicht klappt, stehen wir 2017 wieder auf der Straße."

Zudem gibt es bei den Gegnern der Massentierhaltung nicht wenige, die davor warnen, dass insbesondere die Bauernlobby und die SPD in den Verhandlungen über die weitere Ausgestaltung auf die Bremse treten oder die Gespräche ins Leere laufen lassen. Andererseits hieß es, die eigentliche inhaltliche Arbeit für mehr Tierwohl beginne jetzt erst.

Michael Wimmer vom Bündnis Agrarwende sagte, Rot-Rot genieße nun einen Vertrauensvorschuss. SPD-Fraktionschef Mike Bischoff erklärte, das Kompromisspapier sei so konkret wie möglich formuliert worden. Damit sei klar, "dass es abrechenbare Ergebnisse geben muss". Linke-Fraktionschef Ralf Christoffers fand, wenn sich alle Seiten nicht einig geworden wären, hätte dies den Konflikt weiter verschärft, hin zu einem Klima, "in dem alle verloren hätten". Laut Wimmer sei in einer Pendeldiplomatie auch ein von der CDU vorgelegter Kompromissvorschlag in das Papier eingeflossen.

SPD-Fraktionschef Bischoff nannte den Kompromiss einen Brückenschlag. Investitionen in die Tierhaltung würden nicht verhindert, aber mit dem Tierschutzplan ein breiter gesellschaftliche Konsens bei der Tierhaltung angestrebt. Wimmer sagte, der Kompromiss sei ein kleiner Durchbruch für einen nachhaltigen Kurswechsel in der Agrarpolitik. Der Verzicht auf das Verbandsklagerecht sei eine "bittere Pille". Allerdings werde die Zeit für ein Verbandsklagerecht als "verfassungsgemäß geregeltes Grundrecht" kommen, man werde das Thema weiter vorantreiben. Man habe sich jetzt aber nicht verkämpfen wollen.

Den nun kommenden, langen Dialog habe man einer kurzen Kampagne für einen Volksentscheid vorgezogen. Auch das Kupierverbot sei ein indirekter Hebel gegen Megaställe - die seien mit einem Verbot kaum mehr möglich. Bis 2017 sollen deshalb alle Instrumente für mehr Tierwohl definiert sein und 2019 greifen. Neue Demonstrationsbetriebe sollen zeigen, was der "Berufsstand jetzt tun muss, um die Versäumnisse der letzten Jahrzehnte aufzuholen". Man wolle aber den Bauern und der Forschung Zeit geben. "2019 ist Deadline", sagte Wimmer. Die Gesellschaft wolle eine andere Nutztierhaltung, wer nicht akzeptiere, dass es nicht mehr so weiter geht, "hat den Schuss nicht gehört". Nötig sei ein Paradigmenwechsel, mit dem Tierwohl nicht mehr ein Störfaktor sei, sondern für Qualitätsführerschaft stehe. "Der Berufsstand hat jetzt die Chance, sein Haupt zu erheben und seinen Stolz zurückzugewinnen."

Ob das mit dem breiten Dialog mit den Bauern über neue Grundsätze klappt, ist jedoch mehr als fraglich. Heike Terno, Vize-Präsident des Landesbauernverbands, ätzte zunächst bei Facebook: SPD und Linke hätten das Ende der Tierhaltung in Brandenburg beschlossen. Wie beim Schach hätte die Koalition die Bauern geopfert, "um die Lügner und Betrüger vom Volksbegehren" ruhig zu stellen. "Jetzt wird es uns in Brandenburg so gehen, wie unseren Landespolitikern, wir werden keine Eier mehr haben." Später löschte Terno den Eintrag aber wieder.

Offiziell sprach der Bauernverband von einem faulen Kompromiss, der die Entwicklung der Landwirtschaft, Modernisierung und Investitionen ins Tierwohl blockiere. Zu befürchten sei ein dauerhafter und massiver Imageschaden. Besser wäre ein Volksentscheid gewesen. Der kleinere Bauernbund beklagte, dass

der Staat nun den "normalen Bauern künftig noch mehr in die Produktion reinreden kann".

Die Skepsis überwiegt. Trotz des gefundenen Kompromisses zur Massentierhaltung, wie hier in einem Megastall für

Hühner, sind nicht alle zufrieden. Foto: Ingo Wagner/dpa

**Urheberinformation:** PNN

© PMG Presse-Monitor GmbH

Potsdamer Neueste Nachrichten vom 13.04.2016

## POTSDAMER Neueste Nachrichten

**Seite:** 12

**Ressort:** Lokales, Berlin, Brandenburg

**Weblink:** [pnn.de](http://pnn.de)

**Quellrubrik:** Brandenburg

**Ausgabe:** Potsdamer Neueste Nachrichten

HINTERGRUND

# Die Details des Kompromisses

Der Kompromiss zum Volksbegehren gegen Massentierhaltung sieht vor, dass der Posten eines Landestierschutzbeauftragten mit eigenem Stab eingerichtet wird. Er soll unabhängig tätig sein, die Landesregierung beraten, zu Fachfragen Stellung nehmen, Ansprechpartner für Tierhalter und Bürger sein. Vor allem aber soll er Verstöße gegen das Tierschutzrecht gegenüber zuständigen Behörden beanstanden und muss bei Genehmigungsverfahren nach dem Umweltrecht für neue Ställe beteiligt werden.

Auch ein Tierschutzplan soll bis 2017 im Dialog mit den Landwirten, aber auch mit Experten und Wissenschaftlern erstellt werden. Dabei sollen bis 2019 konkret Regeln zum Kupieren von Schwänzen und Schnäbeln, aber auch zur Senkung des Antibiotika-Einsatzes geschaffen werden. Dabei ist auch der Aufbau von Modellbetrieben geplant. In den weiteren Gesprächen soll bis Ende 2016 auch geprüft werden, ob neue Regeln für ein stärkeres Mitspracherecht der Kommunen und Bürger beim Neubau von Ställen eingeführt werden

können. Daneben soll eine sogenannte Filterverordnung nach dem Vorbild anderer Bundesländer erlassen werden. Damit sollen vor allem ältere Megaställe aus LPG-Zeiten zum Einbau von Luftfiltern verpflichtet werden, um die Emission sogenannter Aerosole zu senken. Bei Schweinemastanlagen mit mehr als 10 000 Tieren soll dies binnen sieben Jahren Pflicht sein. Ferner sollen auf Bundesebene die Novellen der Düngeverordnung, des Immissionsschutzrechts und des Arzneimittelrechts befördert werden - immer mit Blick auf den Schutz von Tier, Umwelt und Gesundheit. Der Nährstoffeintrag der Betriebe durch Düngung soll gesenkt werden. Zudem soll die Landesregierung den Einsatz von Technik zur Emissionsminderung senken.

Beim Kern des Volksbegehrens, nämlich neue Megaställe zu verhindern und die Größe von Ställen zu begrenzen, sind zwei Hebel in dem Kompromiss vorgesehen. Die sogenannte Basisförderung, für die die Anforderungen nur knapp über den ohnehin geltenden Standards zur Tierhaltung lagen, soll 2017

auslaufen. Zudem wurde die sogenannte Premienförderung mit höheren Tierschutzstandards um 25 Prozent auf 600 000 Euro gedeckelt. Auf die Betriebsgröße bedeutet das: Mit 40 Prozent gefördert werden Ställe mit bis zu 3000 Schweinen, 30 000 Legehennen oder 85 000 Hähnchen. Für Mastplätze in neuen Anlagen darüber hinaus gäbe es kein Geld. Welcher Unternehmer aber genug Geld hat, kann trotzdem einen Megastall bauen.

Der zweite Hebel: Es gibt nur noch Fördergeld, wenn für zwei sogenannte Großvieheinheiten - das sind ein Rind, 13 Schweine, 300 Hühnchen - ein Hektar landwirtschaftliche Fläche vorgehalten wird. Allerdings dürfen die Stallbetriebe die Bindungsfläche nicht mehr in Kooperation mit anderen Agrarbetrieben bei den Behörden nachweisen - sie müssen also eigene oder gepachtete Äcker vorhalten für die eigene Agrarproduktion oder aber auch, um doch Gülle aus dem Stall auszubringen.

axf

**Urheberinformation:** PNN

© PMG Presse-Monitor GmbH

